

22 - 1814

An den
Präsidenten des Burgenländischen Landtages
Herrn Robert Hergovich
Landhaus
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, am 25. April 2024

Selbständiger Antrag

der Landtagsabgeordneten Markus Ullram, Patrik Fazekas, BA, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Wohnbau

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

des Burgenländischen Landtages vom betreffend Wohnbau

Das Grundbedürfnis „Wohnen“ wurde in den letzten Jahren und Jahrzehnten stetig teurer. Diese negative Entwicklung hat vor allem unmittelbare Auswirkungen auf junge Familien, die sich mit einem Hausbau ihren Traum verwirklichen wollen.

Die Bundesregierung geht hier mit großen Schritten voran. Mit dem Wohnbau-Paket nimmt die Bundesregierung insgesamt 2,2 Milliarden Euro in die Hand. Das Geld, das hier investiert wird, nutzt am Ende doppelt und sogar dreifach: Denn es stützt unsere Bauwirtschaft, erhält tausende Arbeitsplätze und fördert die Schaffung von leistbarem Wohnraum – sowohl im Miet- als auch im Eigentumsbereich.

Zentraler Aspekt ist der Ausbau des Eigentums. Denn mit einem günstigen Landesdarlehen wird es für Jungfamilien wieder einfacher möglich sein, sich ein Eigenheim aus eigener Kraft zu erarbeiten. Ergänzt wird dieses Darlehen durch die Abschaffung der Nebengebühren, also der Grundbuchs- und Pfandrechteeintragungsgebühren, um den Kauf eines ersten Eigenheims für noch mehr Menschen zu ermöglichen.

Von dem Baupaket profitiert auch der gemeinnützige Wohnbau. 1 Milliarde Euro wird die Regierung bis zum Jahr 2026 in diesem Bereich investieren. Die Mittel werden über ein Zuschussgesetz an die Länder verteilt. Im Gegensatz zur aktuellen Wohnbauförderung, die teils auch in andere Infrastrukturmaßnahmen wie den Straßenbau fließt, muss das Geld für den Wohnbau ausgegeben werden.

Sowohl renommierte Experten als auch die Sozialpartner sind sich einig: Mit diesem Paket setzt die Bundesregierung auf die richtigen Maßnahmen. Denn es bedenkt Jung und Alt, Miete und Eigentum sowie auch die Umwelt und unsere Wirtschaft. Durch diese breite Aufstellung kann das Paket guten Gewissens als eine Win-Win-Situation für Österreich verstanden werden.

Das Land Burgenland geht hier leider einen anderen Weg. Die Ankündigung den burgenländischen Wohnbau verstaatlichen zu wollen bzw. die Gründung einer Landesgesellschaft zur Errichtung von Wohnungen ist kontraproduktiv und gefährdet den burgenländischen gemeinnützigen Wohnbau. Gleichzeitig stellt dieser Schritt die gemeinnützigen Wohnbauträger vor enormen Herausforderungen da Projekte nicht mehr gefördert werden.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert einen sofortigen Richtungswechsel beim burgenländischen Wohnbau vorzunehmen:

- Sofortige Auflösung der SOWO Burgenland
- Sicherstellung der Förderung von gemeinnützigem Wohnbau
- Einmalförderung für Jungfamilien beim Bau eines Einfamilienhauses
- Ortskernprämie bei der Renovierung von Altbestand